

**Die verläumtete Wohnungsfürsorge.**

Der Berliner Magistrat schreibt uns:

Wie wir seinerzeit berichteten, haben sich die Groß-Berliner Gemeindeverbände, die sich am 12. Oktober über die Grundlagen eines Wohnungsverbandes Groß-Berlin geeinigt haben, nämlich die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Richtenbergl, Wilmersdorf und die Kreise Teltow und Niederbarnim, an den Wohnungskommissar gewandt und ihn gebeten, die erforderlichen Schritte zu tun, damit der Wohnungsverband für den ganzen Bereich des Groß-Berliner Wirtschaftsgebietes, also einschließlich Neukölln und Spandau, ins Leben tritt. Inzwischen ist das Bedürfnis zum sofortigen Beginn der Arbeiten des Verbandes immer dringlicher geworden. Die Maßregeln zur Unterbringung und Versorgung der heimkehrenden Krieger haben zum ersten und unentbehrlichen Bestandteil die Bereitstellung von Wohnungsgelegenheit. Wird nicht nunmehr alsbald hierfür das Nötige getan, so ist schwerer Schaden unausbleiblich. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein erneuter Antrag an den Wohnungskommissar ergangen, die Entscheidung über die Eingabe der Groß-Berliner Gemeinden mit der größten Beschleunigung zu treffen.

Wir unsererseits können nur erneut unserem Ersauern darüber Ausdruck geben, daß auch heute, wo die Rückkehr der Truppen geradezu vor den Türen steht, noch immer rein gar nichts zur Behebung der zu erwartenden Wohnungsnot geschehen ist. Die Bevölkerung läßt jetzt drei Jahre lang ein unendliches Gerede Verursacher und Unerursacher über sich ergöhen. Aber das unfruchtbare „Reden“ und „Beraten“, „Erwägen“ und „Untersuchen“ hat bisher keinerlei Taten geboren. Und wenn vielleicht in wenigen Wochen die Millionen Krieger heimkehren, dann ist für ihre Unterbringung hier bei uns nichts, rein gar nichts geschehen! Die trostlosesten Zustände werden dann für die Heimkehrenden wie für die hiesige Bevölkerung entstehen. Die hiesigen kommunalen Behörden können sich dann mit dem neuen Herrn „Staatskommissar für das Wohnungswesen“ in die Verantwortung dafür, daß Positives überhaupt nicht geschehen ist, teilen. Ob im jetzigen Zeitbunkt noch etwas an der Situation zu retten ist, erscheint unsicher. Sollte es aber möglich sein, dann hätten diejenigen, auf denen die Verantwortung für das Nichtgeschehene lastet, alle Ursache, nun an Stelle von Alten endlich beziehbare Wohnungsgelegenheiten erschaffen zu lassen.